

# Der Sozialdemokratische Pressedienst

teilt mit:

Hannover, 2. Mai 47

SPD Rheinland-Pfalz zur Verfassung

Ein aufschlussreicher Brief zur Flüchtlingsfrage

Die Fraktion der sozialdemokratischen Partei bei der beratenden Landesversammlung für Rheinland-Pfalz hat am 25.4.47 mit einer Entschliessung ihre ablehnende Haltung zur Verfassung begründet, in der es u.a. heisst:

"Die Sozialdemokratische Fraktion stellt fest, dass ihre positive Mitarbeit bei der Ausarbeitung der Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz in wesentlichen Punkten nicht zu befriedigenden Ergebnissen geführt hat.

Die Sozialdemokratische Fraktion stützt ihre Bedenken auf die Tatsache, dass zonenbedingte und zonenbegrenzte staatsrechtliche Lösungen die innerdeutschen Schwierigkeiten, vor allem den Ernährungs- und Wirtschaftsaufbau, nicht erleichtern, sondern verschärfen. Die ernährungspolitischen Vorgänge in den anderen Zonen zeigen die Ausweglosigkeit der Situation bei der Beibehaltung oder gar Erhöhung landesrechtlich bedingter Kompetenzen.

Ausgehend von dem Grundsatz, dass nicht in der Einengung, sondern nur in der Erweiterung der Verwaltungs- und Wirtschaftsräume die demokratische Entwicklung gesichert werden kann, lehnt die Sozialdemokratische Fraktion es ab, mit der Annahme einer Verfassung die konstitutionelle Bestätigung eines Zustandes auszusprechen, der nicht den Interessen des Volkes dient."

Am 25.4.1947 haben die Delegierten der Bezirksparteitage der SPD in Speyer (Pfalz) und in Ingelheim (Rheinhausen) sich einstimmig mit der Entschliessung ihrer Landtags-Fraktion solidarisch erklärt.

Auf einer Grosskundgebung der SPD am 27.4. in Worms verlas der Verbindungsssekretär der Partei in der französischen Zone, Markscheffel, unter stürmischen Pfui-Rufen der Versammlung den nachstehenden Brief, den der bisherige provisorische Ministerpräsident Dr. Boden bereits am 3. Dezember 1945 an einen Offizier der französischen Militärregierung in der Frage der Flüchtlinge und Evakuierten gerichtet hatte:

"In konfessioneller Beziehung würde der katholische Charakter des Rheinlandes durch den Zuzug der meist protestantischen Ostdeutschen stark verwässert werden, was angesichts unseres Verhältnisses zu dem überwiegend katholischen Frankreich höchst unerwünscht wäre, weil die Übereinstimmung beider Teile in der Konfession für die Zusammenarbeit in kultureller Beziehung ungemein wichtig ist. Die politischen Gefahren einer derartigen Durchsetzung liegen in der anderen gearteten Mentalität der Ostbevölkerung begründet. Diese war von jeher militaristisch und nationalsozialistisch und später nationalistischer eingestellt als die Westbevölkerung. Mit dem Flüchtlingsstrom würden zugleich unzählige Nationalsozialisten aller Schattierungen hier angediebt werden und unerkannt als Ideenträger des Nationalsozialismus wirken können. -- Ich wäre Ihnen, Herr Oberst, sehr zu Dank verpflichtet, wenn Sie diese doch gewiss nicht unwichtigen konfessionellen und politischen Momente an den massgebenden Stellen der französ. Mil. Reg. zum Vortrag bringen wöllt  
gez. Dr. Boden"

Unter grossem Beifall erklärte Markscheffel zu diesem Brief, dass die sozialdemokratische Partei sich beglückwünschen könne, rechtzeitig einen Strich zwischen sich und Leuten, die derartige Briefe schreiben, gezogen zu haben.